



**RAT DER  
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 30. April 2009 (06.05)  
(OR. en, nl)**

**9265/09**

**COPEN 79**

**VERMERK**

---

Absender: E.M.H. Hirsch Ballin, Minister der Justiz, Justizministerium der Niederlande

Empfänger: Rat der Europäischen Union

Eingangsdatum: 7. April 2009

---

Betr.: Rahmenbeschluss des Rates über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung auf Urteile in Strafsachen, durch die eine freiheitsentziehende Strafe oder Maßnahme verhängt wird, für die Zwecke ihrer Vollstreckung in der Europäischen Union  
- Erklärung der Niederlande

---

Die Delegationen erhalten anbei eine Erklärung der Niederlande zum eingangs genannten Rahmenbeschluss.

Ministerium der Justiz

Postbus 20301, 2500 EH Den Haag

An den Präsidenten des Rates  
der Europäischen Union

Rue de la Loi 175  
1048 Brüssel

**Generaldirektion  
Gesetzgebung, Internationale  
Angelegenheiten und  
Ausländerfragen**  
Direktion Gesetzgebung  
Abteilung Straf- und Sanktionsrecht

Schedeldoekshaven 100  
2511 EX Den Haag  
Postbus 20301  
2500 EH Den Haag  
www.justitie.nl

**Unser Zeichen:**  
5588143/09/6

*Bitte Datum und unser Zeichen  
in Ihrer Antwort angeben.  
Bitte nur einen Betreff pro Schreiben.*

Datum: 24. März 2009

Betrifft: Erklärung betreffend Artikel 28 Absatz 2 des Rahmenbeschlusses 2008/909/JI.

Am 27. November 2008 hat der Rat der Europäischen Union (als A-Punkt) den Rahmenbeschluss über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung auf Urteile in Strafsachen, durch die eine freiheitsentziehende Strafe oder Maßnahme verhängt wird, für die Zwecke ihrer Vollstreckung in der Europäischen Union (2008/909/JI, ABl. L 327) erlassen.

Nach Artikel 28 Absatz 2 des Rahmenbeschlusses kann ein Mitgliedstaat zum Zeitpunkt der Annahme eine Erklärung abgeben, wonach er die neue Regelung nur auf Freiheitsstrafen anwenden wird, die nach Ablauf der Umsetzungsfrist verhängt worden sind.

Die Niederlande haben sich während der Verhandlungen über diesen Rahmenbeschluss stets dafür ausgesprochen, dass es möglich sein sollte, den Rahmenbeschluss lediglich auf künftige Fälle anzuwenden. Die Möglichkeit, die Artikel 28 Absatz 2 bietet, ist (u.a.) auf Antrag der Niederlande zustande gekommen. Diese Möglichkeit war für die Niederlande ein wichtiger Bestandteil der politischen Einigung, die der Rat (JI) am 4. Dezember 2006 und am 15. Februar 2007 über diesen Rahmenbeschluss erzielt hat.

Der Rahmenbeschluss wurde so kurz vor der Tagung des JI-Rates am 27. November 2008 als A-Punkt auf die Tagesordnung gesetzt, dass das interne Verfahren zur diesbezüglichen Vorbereitung der Ratstagung unmöglich durchgeführt werden konnte. Daher haben die Niederlande anlässlich der Annahme des Rahmenbeschlusses auf der Tagung des JI-Rates vom 27. November 2008 keine Erklärung im Sinne von Artikel 28 Absatz 2 übermittelt. Sie haben jedoch auf der Tagung des JI-Rates vom 4. Dezember 2006, auf der die politische Einigung erzielt wurde, mitgeteilt, dass sie eine solche Erklärung abgeben wollen. Aus meiner Sicht kann diese Mitteilung als zum Zeitpunkt der Annahme des Rahmenbeschlusses am 27. November 2008 abgegebene Erklärung betrachtet werden. Mit Blick auf die vorgeschriebene Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union übersende ich Ihnen anbei den Wortlaut der Erklärung.

## **Erklärung der Niederlande betreffend Artikel 28 des Rahmenbeschlusses**

**Generaldirektion  
Gesetzgebung, Internationale  
Angelegenheiten und  
Ausländerfragen**

Gemäß Artikel 28 Absatz 2 erklären die Niederlande, dass sie in Fällen, in denen das rechtskräftige Urteil früher als drei Jahre nach dem Inkrafttreten des Rahmenbeschlusses ergangen ist, als Ausstellungs- und Vollstreckungsstaat weiterhin die vor dem Rahmenbeschluss für die Überstellung verurteilter Personen geltenden Rechtsinstrumente anwenden werden.

Direktion Gesetzgebung  
Abteilung Straf- und Sanktionsrecht

**Datum:**  
24. März 2009

Der Minister der Justiz

**Unser Zeichen:**  
5588143/09/6